

Herr Tendler sieht das Vorhaben, in Eitorf eine Bürgerbus einzurichten nach dem Aufruf in der Presse an die Eitorfer Bürger als sehr ernüchternd an. Eventuell hätte hier zunächst ein Verein gegründet werden müssen. Vielleicht sollte noch mal die Einführung des „Anruf-Sammel-Taxi´s“ überlegt werden.

Dr. Storch erklärt, dass in der Presse ein Aufruf gestartet wurde. Hierbei habe man sich nicht explizit auf den Bürgerbus fokussiert, sondern andere Möglichkeiten offen gelassen. Er sehe nicht, wie man mit dem Anruf-Sammel-Taxi größeren Zuspruch erlangen könnte. Ein anderer Punkt ist die Finanzierung des Anruf-Sammel-Taxi´s, da beim Rhein-Sieg-Kreis ebenfalls neue Finanzierungslücken entstanden sind.

Frau Deitenbach ist der Ansicht, dass der Bedarf höher ist, als das Ergebnis der Anfrage zu erkennen gibt. Weiterhin sollte der AST-Verkehr auch im Zusammenhang mit der Schülerbeförderung gesehen werden. Hierbei verweist Frau Deitenbach auf Anträge der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen im letzten Schulausschuss. Andere Kommunen gehen auch wieder von den Spezialverkehren weg, hin zum Öffentlichen-Personen-Nahverkehr, da sich die Konditionen extrem verändert haben. Es kann auf Dauer nicht sein, dass die Gemeinde Eitorf über die ÖPNV-Umlage für sämtliche Kreiskommunen refinanzieren.

Herr Diwo widerspricht Frau Deitenbach und erklärt, dass der Schülerspezialverkehr von einem Eitorfer Unternehmen zu einem sehr günstigen Preis durchgeführt wird und die Leistung die dieses Unternehmen erbringt sehr speziell auf die Ansprüche der Gemeinde Eitorf zugeschnitten sind. Er wage zu bezweifeln, diese individuelle Leistung durch einen Dritten zu erhalten.

Herr Tendler bestätigt, dass die von der Gemeinde Eitorf zu zahlenden ÖPNV-Umlage sehr hoch ist.

Herr Dr. Storch erklärt, dass die Gemeinde Eitorf über die ÖPNV-Umlage auch Nutznießer sei und an dieser Umlage nicht gerüttelt werden sollte.

Herr Ersfeld stellt den Antrag, im Sinne der Verwaltungsvorlage zu beschließen.

Frau Deitenbach stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung zu verschieben.

Der APV beschließt, aufgrund der wenigen eingegangenen Wünsche wird das Projekt „Einführung eines Bürgerbusses etc.“ zunächst nicht weiter verfolgt. Mit den Verkehrsträgern und dem örtlichen Taxigewerbe werden Gespräche über die mögliche Abdeckung der gewünschten Fahrtrouten geführt.